

17.03

Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Finanzminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es hat Tradition in diesem Haus und es ist auch diesmal so, dass wir das Bundesfinanzrahmengesetz, nämlich den Rahmen, mit dem wir die Ausgabenobergrenzen – für das Jahr 2017 bis 2020 diesmal – festlegen, in einer ersten Lesung vorberaten. Nächste Woche, am 4. Mai, werden wir im Budgetausschuss im Rahmen eines öffentlichen Expertenhearings dann noch intensiv Gelegenheit haben, über den Bundesfinanzrahmen für die Jahre 2017 bis 2020 zu beraten.

Es sind sehr schwierige Voraussetzungen, die der Finanzminister vorgefunden hat – auch dieses Jahr wieder –, den Finanzrahmen für diese vier Jahre zu erstellen, denn wir kämpfen immer noch mit einer hohen Arbeitslosigkeit, wir wollen weiterhin unseren Konsolidierungs- und Wachstumskurs fortsetzen, und wir wollen selbstverständlich keine EU-Verfahren riskieren. Daher wollen wir weiterhin daran arbeiten, das strukturelle Nulldefizit zu halten – denn schon 2015 haben wir erstmals einen positiven Saldo erwirtschaftet. Das heißt, viele Kritiker, auch aufseiten der Opposition und aufseiten der Experten, die immer wieder sagen, das Budget hält nicht, werden immer wieder eines Besseren belehrt, weil das Budget dann jedes Jahr doch wieder sehr positiv in den Bundesrechnungsabschluss mündet.

Welche Voraussetzungen haben wir mit diesem Rahmenplan zu erfüllen? – Wir wollen weiterhin in der öffentlichen Verwaltung Strukturreformen durchführen. Wir wollen bei den Pensionen und beim Arbeitsmarkt bessere Maßnahmen finden. Beim Arbeitsmarkt ist das ja leider Gottes noch nicht so gut gelungen, obwohl wir da sehr viel Geld in die Hand nehmen. So wird beispielsweise die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren noch steigen, nämlich bis zum Jahr 2020 auf 6,3 Prozent. Derzeit, beziehungsweise im Jahr 2015, liegen wir bei 5,7 Prozent. Das heißt, hier gibt es überhaupt nichts zu beschönigen.

Es wird mit diesem Finanzrahmen und mit diesen Ausgabenobergrenzen versucht, die öffentliche Verschuldung zu drücken. Wir sollten ja eigentlich im Jahr 2020 bereits auf 60 Prozent sein, aber wir nehmen uns zumindest vor, von einem Ergebnis des Jahres 2015, wo wir eine öffentliche Verschuldung von 86,2 Prozent haben, auf 76,6 Prozent zurückzugehen, weil es ganz einfach auch wichtig ist, dass wir Gelder für die Zukunftsthemen in diesem Land und auch für die Jugend lockermachen. Das ist uns ganz, ganz wichtig.

Der Finanzminister ist ja derjenige, der das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sorgsam verwaltet. Und er hat auch gerade für jene Ressorts, die besondere Herausforderungen zu bewältigen haben, beispielsweise was die Flüchtlingsströme oder die Integration der anerkannten Flüchtlinge betrifft, frisches Geld in die Hand genommen. Dafür ist ihm sehr zu danken. Was beispielsweise das Thema Integration betrifft, so war es eine halbe Milliarde Euro – wobei da in Österreich natürlich schon eine gewisse Zersplitterung festzustellen ist, weil mehrere Ministerien Geld für Integrationsmaßnahmen, für Deutschkurse bekommen. Das heißt, eine Evaluierung, ob diese Maßnahmen und diese Gelder effizient eingesetzt sind, sollten wir uns, glaube ich, durchaus einmal überlegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Was die Landesverteidigung betrifft, so ist der Ruf nach mehr Mitteln ja schon lange zu vernehmen. Wir haben uns im Jänner 2014 ja selbst für die allgemeine Wehrpflicht ausgesprochen. Und jetzt werden hier auch noch circa 900 Millionen € in die Hand genommen werden, damit eben das Bundesheer, auch was die Flüchtlingsströme betrifft, was den Grenzschutz betrifft, ordentlich finanziert ist.

Und natürlich auch im Bereich der inneren Sicherheit, was die Polizistinnen und Polizisten betrifft, gibt es bis zum Jahr 2020 2 000 neue Polizisten, und jetzt kurzfristig 750 neue Polizistinnen und Polizisten nach einer sechsmonatigen Ausbildung für den Grenzeinsatz. Auch das Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl wird um 250 Mitarbeiter aufgestockt. Ich glaube, das ist ein sehr wesentlicher Punkt.

Nicht zu vergessen: die Familien. Gestern wurde im Ministerrat das Kinderbetreuungsgeldkonto auf die Reise gebracht. Das ist sehr zu begrüßen: eine Flexibilisierung der Kinderbetreuungsgeldvarianten für die Familien, ein Bonus, wenn sich Mutter und Vater die Betreuungspflichten mit je 50 Prozent, oder auch 60 : 40 Prozent, teilen. Das wird uns auch noch einmal 150 Millionen € kosten. Und, nicht zu vergessen, die zweimalige Anhebung der Familienbeihilfe mit 1. Jänner 2016 und 2018 um jeweils 1,9 Prozent – auch 180 Millionen € für Familien.

Ich möchte abschließend noch die Steuerreform hervorheben, die uns ja jährlich 5 Milliarden € kostet. Das ist auch gut so, denn die Österreicherinnen und Österreicher, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben sich das verdient. Die Lohnnebenkostensenkung in der Höhe von 1 Milliarde € ist auch ein wesentlicher Punkt zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Ich glaube, auch hier ist dem Vorstoß oder den Vorstößen des Finanzministers durchaus Unterstützung zuzusagen, einerseits was die Beseitigung der kalten Progression betrifft – das ist ein Punkt, den man noch an die Steuerreform anhängen

muss – und, als zweiter Punkt, auch was die Weiterführung der Steuerbetrugsbekämpfung betrifft. Herr Finanzminister, da danke ich sehr für den neuerlichen Vorstoß, das Reverse-Charge-System umzusetzen, dass nämlich in Zukunft der Rechnungsempfänger die Steuer schulden soll. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Punkt, und da hast du meine volle Unterstützung.

Wie gesagt, wir werden nächste Woche intensive Beratungen im Budgetausschuss führen, was den Bundesfinanzrahmen 2017 bis 2020 betrifft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

17.09

Präsident Karlheinz Kopf: Nun gelangt Herr Abgeordneter Mag. Haider zu Wort. – Bitte.